



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE KATHOLISCHE KIRCHE IN POLEN HEUTE

■ ANALYSE	
Die katholische Kirche in der Defensive – auch in Polen	2
Andrzej Kaluza, Darmstadt	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Umfragen zu Glauben und Kirche	7
Diözesen und Kirchenprovinzen in Polen	9
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 2. bis zum 15. November 2010	10
<hr/>	
■ LESEHINWEIS	
Jahrbuch Polen 2009 Religion	12

Die katholische Kirche in der Defensive – auch in Polen

Andrzej Kaluza, Darmstadt

Zusammenfassung

Unter Polens Katholiken trifft die Kirche mit bestimmten Grundsatzpositionen auf viel Ablehnung. Das betrifft ihre Einmischung in die Politik (etwa durch Wahlempfehlungen), ihre nicht selten krude Lager-Mentalität gegen die »moderne« Welt, ihre als »patriotisch« verklärte Rhetorik, aber auch die passive Haltung des Episkopats gegenüber extremen katholischen Gruppen und der Mangel an echten Persönlichkeiten unter den Bischöfen. Im Zuge der Auseinandersetzung um eine Gruppe extremer »Kreuz«-Verteidiger formierte sich zum ersten Mal im Sommer 2010 ein spontaner öffentlicher Protest gegen die Klerikalisierung des Staates und die übermächtige Präsenz der Kirche im öffentlichen Raum. Eine Debatte über die Immobilien der Kirche und die Rückgabep Praxis des Staates ist bereits in vollem Gange. Der Autoritätsverlust der Kirche geht einher mit einer deutlichen Verringerung der religiösen Praxis der Polen, vor allem unter der großstädtischen Jugend.

Für ihre Verdienste bei der Erhaltung der polnischen Identität erwartete die katholische Kirche in Polen nach 1989 eine Sonderstellung, die ihr ein demokratischer und konfessionsneutraler Staat nicht bieten konnte. Ein gewichtiges Argument der Kirchenvertreter war etwa, dass die Katholiken in Polen 90 % der Bevölkerung stellen und im nunmehr freien Polen adäquat zu ihrer Zahlenstärke politisch wie symbolisch repräsentiert werden müssten. Viele Debatten, die das Land seit der Wende bewegten, resultierten aus dem Spannungsverhältnis zwischen den Erwartungen der Amtskirche, die die Grundsätze der Kirchenlehre in die Politik umgesetzt sehen wollte, und den Abwehrhandlungen des Staates, der sich mehr oder weniger erfolgreich diesem Druck entzog. Die Belange der Kirche betrafen dabei anfänglich die materielle Wiedergutmachung (Rückgabe von Kirchengütern, steuerliche Sonderstellung), erreichten aber schnell die sensiblen Bereiche der Bildung (Einführung des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen, Übernahme der Kosten durch den Staat, ablehnende Haltung der Kirche zum Ethikunterricht und zur Sexualkunde), der Medien (Debatte um »christliche Werte«) sowie den Bereich der Sexualmoral (durch die erbitterte Abtreibungsdebatte und die Ablehnung der In-vitro-Fertilisation auf Rezept). Um diese Ziele zu erreichen, nutzt die Kirche wirkungsvolle Instrumente, etwa die kurz vor dem Umbruch 1989 eingerichtete Gemeinsame Kommission von Regierung und Episkopat, die Regelungen, die die Kirche betreffen, am demokratischen Entscheidungsprozess vorbei durchsetzen kann.

Die Politisierung der Amtskirche: der schleichende Verlust der Autorität

Die fordernde und selbstbewusste Haltung der Amtskirche führte bereits zu Beginn der 1990er Jahre zu einer ersten Debatte über einen drohenden Konfessionsstaat. Viele Nichtgläubige und Gläubige fühlten sich

durch die lautstark nach außen getragene »Haltung der katholischen Mehrheit« in ihrem Recht auf einen autonomen Lebensentwurf beschränkt. Neben politischen und intellektuellen Debatten, die oft einem ideologiebehafteten Kulturkampf glichen, wurde auch der öffentliche Raum durch die allgegenwärtige Präsenz von Kirchenvertretern (Parlament, Schule, Medien, öffentliche Einrichtungen) vereinnahmt. Dies und die gleichzeitige Politisierung eines Teils des polnischen Klerus sowie dessen Engagement für Parteien oder Kandidaten, die die Linie der Kirche vertraten, führten zu einem schleichenden Verlust an Identität und Autorität der Kirche als Institution. Diese Haltung entsprach der Auffassung, dass sich der Katholik nicht passiv in der Welt verhalten darf, sondern aktiv seine Umwelt im Sinne seiner christlichen Werteorientierung gestalten muss. Sie fand einen Ausdruck in der uneingeschränkten Unterstützung der *Solidarność*-Kandidaten bei der Wahl 1989; bei den Präsidentschaftswahlen ein Jahr später galt die Sympathie der Geistlichen Lech Wałęsa. Als die Katholische Wahlaktion, eine einflussreiche Laienorganisation, bei den Wahlen 1993 die Partei *Christlich-Nationale Vereinigung* (*Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe – ZChN*) unterstützte, wurde die offizielle Neutralität der Amtskirche vollends ausgehöhlt. Der Wahlsieg der Postkommunisten und die große Popularität der antiklerikalen Zeitschrift »Nie« stellten ernsthafte Warnzeichen für ein als politisch wahrgenommenes Auftreten der Kirche und ihre Versuche dar, nach dem Sieg über den Kommunismus den liberalen Staat samt der von ihm angestrebten »offenen Gesellschaft« als Bedrohung der polnischen und gleichzeitig katholischen Identität des Volkes zu definieren.

Einen entscheidenden Grund für den schleichenden Bedeutungsverlust der Kirche stellt ihre »Lagermentalität« dar. Während die Kirche in den 1980er Jahren verschiedenen oppositionellen Gruppen, teilweise auch

erklärten Atheisten, Freiräume bot und sich mit ihnen im Dialog befand, wurde diese »tolerierende« Haltung nun als Schwäche aufgefasst. Bischöfe, die für diese Kontakte bekannt waren, wurden im Episkopat angegriffen bzw. marginalisiert. Die Kirche zählte ihre Schäfchen und flüchtete in eine mentale Festung. Paradoxiere Weise konservierte der als Avantgarde der gesellschaftlichen Moderne aufgetretene Kommunismus viele traditionelle Werte in breiten Schichten der Gesellschaft, die in der Kirche einen Zufluchtsort vor den Fängen des Totalitarismus sahen. Nun aber gab es keinen totalitären Staat mehr, der Kitt für eine Identifikationsquelle, die in der Verbindung zwischen Nation und Glauben begründet war, löste sich auf. Plötzlich war der alte Gegner weg und die Kirche sah sich von einem Tag auf den anderen mit einer veränderten gesellschaftlichen und sozialen Realität konfrontiert, deren Bedrohungen ihr allgegenwärtig erschienen und gegen die sie glaubte, ihre Positionen konsolidieren zu müssen. Der neue Gegner war schnell ausgemacht: Es war ein liberales, durch ökonomische Grundprinzipien gesteuertes Gesellschaftsmodell, in dem sich der Staat aus der Gestaltung des ideellen Raumes seiner Bürger heraushält. Für die Kirche dagegen war eine »Demokratie ohne Wertebezug« die Keimzelle eines neuen Totalitarismus, das Fundament der »Zivilisation des Todes«, deren Befürworter, mit modernen und intelligenten Instrumenten der Meinungsbildung ausgestattet, alle Bereiche des Lebens einem wertefreien Materialismus ausliefern. Dies öffnet Entwicklungen postmoderner Verunsicherung, ja sogar einer offenen Ablehnung traditionell gefestigter Werte wie Patriotismus, Tradition und Familie Tür und Tor, was die Kirche als Bedrohung ansieht. Besonders polarisierend wurde der Streit um ein neues Anti-Abtreibungsgesetz geführt. Die Auffassung der Kirche stellte den Schutz des ungeborenen Lebens über alle anderen Werte. Der Sejm beschloss 1993 schließlich zwei Ausnahmen. Die gesellschaftliche Debatte wurde mit großer Vehemenz geführt und stellte alle Gegner dieser Auffassung, darunter auch viele katholische Laien, als »Verräter« dar. Ähnlich geartet waren auch Diskussionen um die neue polnische Verfassung, die die Bischöfe als ein »nihilistisches« Projekt abwerteten – sie verlangten den verfassungsmäßigen Schutz des ungeborenen Lebens von Anfang an. Auch die anfänglichen Äußerungen zur angestrebten Mitgliedschaft in der EU zeugten von großen »moralischen Zweifeln« der Bischöfe, von denen ein Teil bis heute stark EU-skeptisch geblieben ist. In vielen dieser Punkte ging die Meinung der Kirche nicht konform mit der Meinung der Polen. Aber nicht darin liegt ihre Schwäche, sondern in der dialogunwilligen Haltung der Amtskirche, die sich nicht einer offenen Diskussion stellt.

Hinzu kommt, dass die Führungsriege des Episkopats nach der Wende, aber vor allem nach dem Tod des »polnischen« Papstes Johannes Paul II im Jahr 2005, angesichts der Herausforderungen in Politik und Gesellschaft keine klare Linie finden kann. Sie spricht mit unterschiedlichen Stimmen, die oft an Dissonanzen kaum zu übertreffen sind. Der Kirche fehlt es an herausragenden Autoritäten, die durch ihr Auftreten bei der Mehrheit der Gesellschaft oder zumindest der Katholiken überzeugen würden. Die Aufteilung der Kircheng Spitze in das Amt des Primas (Józef Kardinal Kowalczyk) und des Vorsitzenden des Episkopats (Erzbischof Józef Michalik) diene der Sache wenig, ebenso wie die Abkoppelung der Primasfunktion von der Metropole Warschau-Gnesen (Kazimierz Kardinal Nycz). Der Krakauer Kardinal Dziwisz, einst Vertrauter von Johannes Paul II., mit dessen Rückkehr aus Rom viele Hoffnungen verknüpft wurden, erwies sich als farblos; durch seine nachgiebige Haltung in der Frage der Beisetzung des verunglückten Präsidentenpaares Lech und Maria Kaczyński auf dem Wawel hat er viel Respekt eingebüßt. Die Kirche zeigt heute eine Pluralisierung der Meinungen, die sie als Institution keinesfalls entscheidungsfähiger und wirkungsvoller macht. Durchaus hörbare Positionen, die eine Öffnung der Kirche fordern, darunter auch vereinzelt Mitglieder der Bischofskonferenz, wie der Warschau-Gnesener Erzbischof Nycz und der Lubliner Erzbischof Józef Życiński werden durch das Übergewicht der konservativ geprägten Bischöfe konterkariert. Die einzelnen Bischöfe treten autonom in ihren Diözesen auf, eine gemeinsame Linie ist nicht zu finden, das Lavieren ist allgegenwärtig, insbesondere bei kniffligen Fragen.

Die katholische Kirche Polens war in der Vergangenheit oft ein Ort des internen intellektuellen Dialogs und des Austausches mit Laien und Nichtgläubigen. Heute glänzt sie weder mit theologischer Exzellenz noch mit einer starken Verortung in intellektuellen Diskursen, das Ausbildungsniveau des Klerus ist bedenklich niedrig. Mehrere unabhängige Geister, die in intellektuellen Debatten die Meinung der Kirche vertraten, legten in letzter Zeit ihre geistlichen Ämter nieder; dazu gehören u. a. Stanisław Obirek und Tadeusz Bartoś. Der ehemalige Dominikanerpater Bartoś veröffentlichte 2008 eine kritische Würdigung des Pontifikats Johannes Pauls II., eine erste Arbeit dieser Art in Polen überhaupt. Stanisław Obirek lieferte dagegen in seinem Gesprächsband »Przed Bogiem« (2005) eine grundlegende Kritik der katholischen Praxis in Polen: von der Ausbildung an den Priesterseminaren über die unter den Teppich gekehrten Affären bis hin zu den Fehleinschätzungen des Papstes und der Kirche gegenüber den Phänomenen der modernen Welt. Beide »Dissidenten« sind der Ansicht,

dass der Katholizismus polnischer Prägung einer dringenden Reform bedarf.

Das Problem mit den Fundamentalisten: »Wir sind Kirche« à rebours

Laienbewegungen waren in Polen nie stark. Bekannt waren vor allem die Klubs der katholischen Intelligenz, die seit den 1970er Jahren ein Gegengewicht zu der im Lande so verbreiteten Volksreligiosität bildeten. Sie waren das Produkt einer Zeit, in der sich die Menschen nach dem freien Wort in einer Diktatur sehnten. Nach der Wende wurde ihre Bedeutung immer schwächer. Noch gibt es sie: die legendären Blätter der katholischen Intellektuellen, die Generationen polnischer Oppositioneller prägten, wie die Wochenschrift »Tygodnik Powszechny« und die Monatsschriften »Więź« und »Znak«. Ihr Einfluss als Sprachrohr eines »offenen Katholizismus« ist heute begrenzt, ihre Verlage kämpfen ums Überleben.

Konservative Meinungseliten brüsten sich dagegen mit stark gestiegenem Interesse, etwa aufgrund der Verkaufszahlen der Wochenzeitungen »Gość Niedzielny« oder »Niedziela«. **Intellektuelle fundamentalistische Strömungen** sind zwar zahlreich, aber bis heute eher in Nischen vertreten. Dazu zählen u. a. »Christianitas«, »Teologia Polityczna«, »Frona« und »Czterdzieści i Cztery«. Fakt ist, dass sich im letzten Jahrzehnt viele Vertreter des intellektuell konservativen Katholizismus erfolgreich in mehreren zum Mainstream gehörenden Medien etablierten (etwa Paweł Lisiecki, Tomasz Terlikowski und Jan Pospieszalski in der konservativen Tageszeitung »Rzeczpospolita«, andere in »Dziennik« oder »Newsweek Polska«). Bei ihrer grundsätzlich konservativen Einstellung kommt es bisweilen zum Krach mit der Hierarchie: So geschehen etwa bei dem verhinderten Amtsantritt des Warschauer Metropoliten Stanisław Wielgus im Dezember 2006, dem konservative katholische Publizisten (aber nicht nur) eine Lüge im Hinblick auf die Kontakte mit dem kommunistischen Geheimdienst nachweisen konnten.

Die Besinnung der Mehrheit der Amtskirche auf konservative moralische und politische Haltungen beförderte das Aufkommen verschiedener fundamentalistisch geprägter »basisdemokratischer« Bewegungen. Diese übten sich schnell in Aktionen à la »Wir sind Kirche« – nur mit umgekehrtem Vorzeichen. So unterstützten sie die konservativen Bischöfe gegen die liberale Öffentlichkeit und schreckten vor Provokationen, nicht selten auch gegen die »lasche« Haltung der Amtskirche, nicht zurück. Eine davon stellt beispielsweise der seit Anfang der 1990er Jahre entbrannte Konflikt um das Karmeliterinnen-Kloster in der Nähe des

ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz dar, gegen das jüdische Organisationen protestierten. Den Schlagabtausch, den sich die »Verteidiger des Klosters« und diverse Gruppen jüdischer Besucher lieferten, begleitete eine zurückhaltende Reaktion des Krakauer Erzbischofs sowie des gesamten Episkopats. Später kam es noch zum Konflikt um das »Papst-Kreuz« in der benachbarten Kiesgrube. Als 1999 bekannt wurde, dass dieses umgesetzt werden sollte, riefen die sich spontan einfindenden »Verteidiger des Kreuzes« zum Aufstellen neuer Kreuze auf, von denen es am Ende mehr als 300 gab. Somit drohte die Lage zu eskalieren. Ein weiteres Mal zeigte sich der Episkopat uneins in der Frage, wie mit Fundamentalisten umzugehen sei. Der Streit dauerte Monate; erst eine Bitte des Papstes und ein offizielles Gesetz waren notwendig, um eine Lösung herbeizuführen.

Die Amtskirche zahlte dafür einen hohen Preis und sie zahlt ihn weiterhin durch eine wenig wirksame Haltung im Hinblick auf die umstrittenen politischen Inhalte des katholischen Senders **Radio Maryja**. Mittlerweile ist sein Gründer und Direktor, der Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk, in dessen Verantwortungsbereich auch die Zeitung »Nasz Dziennik«, der TV-Sender »Trwam« und eine katholische Medienhochschule fallen, einer der bekanntesten Vertreter des polnischen Katholizismus im In- und Ausland, auch wenn seine Sendungen regelmäßig nur etwa 5 % der Bevölkerung erreichen. Berüchtigt sind seine Ausfälle gegenüber der polnischen politischen Klasse; vorzugsweise maßregelt er seine politischen Gegner unter den Liberalen, aber nicht nur. Unakzeptabel sind seine antisemitischen Positionen. Auch die »Familie von Radio Maryja« – eine Laienorganisation, die mit dem Sender verbunden ist – stellt bisweilen ein Problem für die Amtskirche dar. Ihre verschiedenen Aktionen, wenn auch im Ansatz mit der Linie der Kirche vereinbar (Demonstrationen der Verteidiger des ungeborenen Lebens, Proteste gegen Homosexuellen-Paraden), werden im Einzelnen nicht von der Kirche befürwortet. Ein Teil des Episkopats versteht, dass diese Aktionen dem Ruf der Amtskirche schaden. Die Bischöfe bleiben in der Hinsicht jedoch entweder gelähmt (die Provinz der Redemptoristen unterliegt nicht der territorialen Jurisdiktion der polnischen Bischofskonferenz, sondern dem Ordensgeneral im fernen Ausland) oder sie versuchen, die politische Rolle des Senders zu marginalisieren, und loben dafür seinen theologischen und pastoralen Auftrag. Es ist aber auch kein Geheimnis, dass viele Bischöfe und viele Geistliche auf nicht so exponierten Positionen mit den politischen Positionen des Senders mehr oder weniger offen sympathisieren. Deswegen fällt es den Würdenträgern schwer, zu

einer einheitlichen Linie zu finden. Auch die Mahnungen von Benedikt XVI. halfen bisher nicht, die politischen Kommentare des religiösen Senders zu zügeln.

Das »Kreuz« mit dem Kreuz

Ein aktuelles Beispiel für ein sich der Amtskirche widetzendes Verhalten katholischer Fundamentalisten liefert die Auseinandersetzung um das Kreuz vor dem Präsidentenpalais in Warschau. Der Streit hat eine Vorgeschichte: Ihm ging ein tragisches politisches Ereignis von nationaler Bedeutung voraus – die Flugzeugkatastrophe in der Nähe von Smolensk am 10. April 2010, bei der neben dem amtierenden Präsidenten Lech Kaczyński und seiner Ehefrau über 90 Vertreter des Staates ums Leben kamen. Kaczyński war gleichzeitig Präsidentschaftskandidat der konservativen Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*). Als sich der Zwillingsbruder des Präsidenten, der *PiS*-Parteichef Jarosław Kaczyński, zu kandidieren entschloss, begann eine in ihrem Ausmaß seit 1993 beispiellose Unterstützung dieses Kandidaten durch die Kirche, die dessen Rivalen, **Bronisław Komorowski, der ebenso praktizierender Katholik ist, als Vertreter einer »nihilistischen« Partei aufs Schärfste angriff.** Der Vorsitzende des Episkopats, Erzbischof Michalik, gab unlängst kund, dass es jedem Katholiken klar sein müsse, welcher Kandidat die Linie der Kirche vertrete. Diese Kampagne erwies sich als äußerst riskant. Nicht nur, weil der Kandidat der Kirchenmänner wieder einmal verlor, sondern vor allem angesichts der öffentlichen Wahrnehmung der Kirche, die sich in das politische Leben einmischte. Meinungsumfragen zufolge wünschen die Polen mehrheitlich kein derartiges Engagement. Der Soziologe und Wahlforscher Radosław Markowski stellt fest, dass die Zustimmung zu der Meinung, dass die Kirche »eine große gesellschaftliche Rolle in Polen spielen sollte«, radikal schwindet – und das selbst bei den Anhängern von *PiS*. In einem Artikel in der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« im Juli 2010 weist er darauf hin, dass neben der restriktiv-moralischen Grundhaltung auch die zunehmende konservativ-nationalistische (in Polen vielfach als »patriotisch« verklärte) Rhetorik der kirchlichen Sprache bei der Mehrheit der Gläubigen keinen Anklang findet.

Die für das patriotisch-klerikale Lager verlorene Präsidentschaftswahl hatte im Sommer 2010 noch ein dramatisches Nachspiel. Pfadfinder hatten auf dem Platz vor dem Präsidentenpalais ein schlichtes Kreuz als spontanes Zeichen ihrer Trauer errichtet. Dies war nach der Katastrophe ein in Polen nicht seltener Ausdruck patriotischer Gefühle. Während aber viele andere Symbole nach und nach entfernt wurden, blieb dieses Kreuz stehen, bis der neue Präsident Komorowski es versetzen wollte. Dagegen äußerte sich der spontane Protest der »Vertei-

diger des Kreuzes«, die Tag und Nacht bei ihm ausharrten und es dadurch im ganzen Lande zum Streitgegenstand machten. Gemäß einer Vereinbarung zwischen den Pfadfindern, der Präsidialkanzlei und der Kirchenleitung sollte das Kreuz zunächst in die benachbarte St. Annen-Kirche gebracht werden. Doch die von Priestern angeführte Prozession wurde von katholischen Hardlinern gestoppt. Während das Episkopat sich klammheimlich aus der Affäre zurückzog, richteten sich die Proteste gegen den Präsidenten, der nicht nur gegen das Gedenken an seinen heldenhaft verstorbenen Vorgänger verstoßen, sondern auch gleichzeitig die Hand gegen ein christliches Symbol erhoben habe. Schnell zeigte sich, dass es sich bei der Aktion um eine Manipulation des *sacrum* für politische Zwecke handelte: Es schlug die Stunde der »wahren« Patrioten, die überzeugt davon sind, dass »Tusk und Putin das Verbrechen vorbereitet haben. Sie haben unseren Präsidenten umgebracht.« (in: *Gazeta Wyborcza*, 17.–18.7.2010, S. 10–11). Auch Parallelen zur Zeit der Kirchenverfolgung unter den Kommunisten wurden laut.

In diesem Streit offenbarten sich die aktuelle Zuspitzung der Debatte über die Grenzen des Einflusses der Kirche auf Politik und Gesellschaft sowie die Schwäche der Kirchenoberen. Gleichzeitig setzte er eine neue Debatte über die Notwendigkeit einer Säkularisierung des polnischen Staates auf die Agenda. So verlangt die *Demokratische Linksallianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) die Abschaffung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen, die Entfernung des Kreuzes aus dem öffentlichen Raum und eine Revision der Rückgabep Praxis von verstaatlichen Gütern an die Kirche. Über das Vermögen der Kirche werden neuerdings kritische Bemerkungen laut, die Kirche selbst wird nach und nach zum Zielobjekt einer massiven Kritik. Von entscheidender Bedeutung ist jedoch der öffentliche Massenprotest: Zum ersten Mal hatten nämlich die Gegner einer kirchlichen Vereinnahmung des Staates einen erfolgreichen Bühnenauftritt, dabei wurde nur sichtbar, was seit Langem im Privaten schon Wirklichkeit war.

Schwächelnde Religiosität

Der Streit um das Holzkreuz in Warschau provozierte am 9. August 2010 eine erste antiklerikale Massenkundgebung nach dem demokratischen Umbruch 1989. Dahinter stand keine Organisation, aber allein die Tatsache, dass Tausende junger Polen sich spontan zu einem »fröhlichen Happening« zusammenfanden, bei dem religiöse Symbole lächerlich gemacht wurden (Kreuz aus Bierdosen), ist Anlass genug, die Situation ernst zu nehmen. Die Manifestation hatte nur wenig mit den Splittergruppen polnischer »Rationalisten« (»Bez dogmatu«), mit der jungen »ideologischen« Linken (»Krytyka Poli-

tyczna») und mit Vertretern sexueller Gleichstellungsbewegungen gemeinsam. Sie kam mehrheitlich aus der katholischen Mitte der Gesellschaft, ihre Mitglieder besuchten noch vor wenigen Jahren den Religionsunterricht, waren Messdiener, gingen auf Wallfahrten. Sie entstand als Reaktion auf die »Bürgerbewegung« der katholischen Fundamentalisten und aus einem überwältigenden Gefühl der Notwendigkeit heraus, sich der Kirche mit ihrem Anspruch, den öffentlichen und politischen Raum in Polen zu bestimmen, entgegenzusetzen.

Statistiken können täuschen: Zwar treffe die Säkularisierung im Sinne eines Rückgangs der kirchlichen Praxis Polens katholische Kirche weniger als die Kirchen anderer stark katholisch geprägter Länder wie Irland, Malta oder Italien, hatte der Soziologe Tadeusz Szawiel 2007 festgestellt. (Das religiöse Polen, das religiöse Europa. In: Polen-Analysen Nr. 22, <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen22.pdf>, 6.11.2007) Doch seit 2008 beschleunigt sich in Polen der Prozess der Säkularisierung. Gleichzeitig beweisen Statistiken einen langsamen, aber steten Rückgang der messbaren religiösen Praktiken polnischer Katholiken. Die 2010 veröffentlichten Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Die Zahl der praktizierenden Gläubigen, vor allem in den Großstädten, geht sprunghaft zurück: Waren es 2006 in Warschau 72 %, so sind es jetzt nur 60 %. Gleichzeitig wächst die Anzahl der Nicht-Praktizierenden von 11 % 2006 auf 17 % 2010 (so in der Tageszeitung »Rzeczpospolita« vom 10.6.2010 zu lesen). Dies sieht in der Provinz anders aus, aber nicht überall. Man kann eine Landkarte der Säkularisierung erstellen: In Großstädten wie Warschau und Lodz sowie im Westen Polens nimmt die statistisch erfassbare religiöse Praxis stark ab. Den Gegenpol bildet die Diözese Tarnów mit über 90%iger Teilnahme an religiösen Praktiken sowie der landesweit höchsten Quote an geistlichen Berufen (gleichzeitig zählt die Region zu den ärmsten und rückständigsten in Polen).

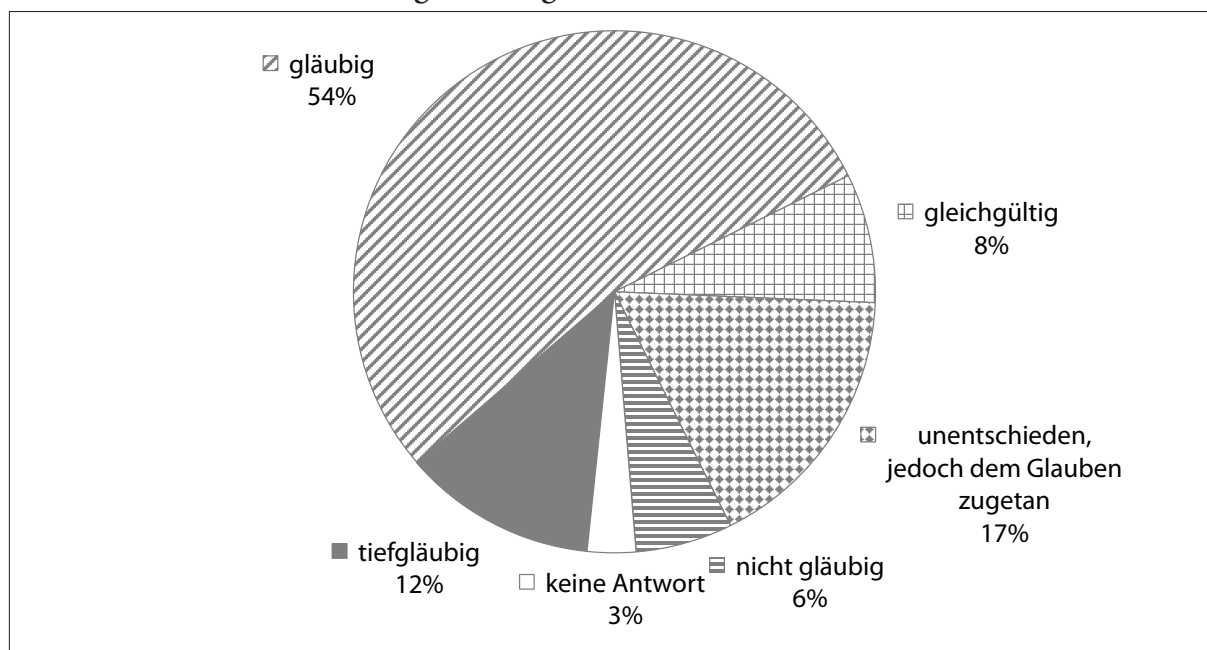
Besonders dramatisch ist der Rückgang der Religiosität unter Jugendlichen, der ersten Generation nach dem Krieg, die den Religionsunterricht in der staatlichen Schule und nicht in einem Gemeindesaal genoss. Hier macht sich der Autoritätsverlust der Kirche am meisten bemerkbar. Die Enttäuschung über die Unbeweglichkeit der kirchlichen Lehre und den sprachlichen Duktus der Katechisierung ist enorm. Der katholische Journalist Szymon Hołownia meint, dass die Kirche nicht mehr als Zufluchtsort gebraucht werde, dass ihre in der Elterngeneration noch stark verankerte gesellschaftliche Position bei Jugendlichen nicht mehr zähle: »Der Glaube wird zum ersten Mal nicht mehr vererbt, er wird künftig aus freien Stücken von wenigen Gläubigen bewusst gewählt.« Vergessen ist die nach dem Tod des polnischen Papstes apostrophierte »Generation JP II«. Junge Polen deklarieren immer noch einen hohen Grad an »Gläubigkeit«, gehen aber gleichzeitig auf Distanz zu den Praktiken des Glaubens und zur institutionellen Kirche. Sie sind in einem demokratischen Land groß geworden und kommen mit den Regeln des Zusammenlebens in einer pluralistischen Gesellschaft gut zurecht und lehnen von daher den allumfassenden Anspruch der Kirche ab. Dem folgen selbst bei einer deklarierten »Gläubigkeit« erstaunliche Befunde der Meinungsforschung, nach denen die Jugendlichen (auch die, die sich als »stark gläubig« bezeichnen) immer weniger von den Lehren der Kirche halten und ihre antiquierte Haltung in praktischen Lebensfragen ablehnen, während die Akzeptanz für Sex vor der Ehe, Paare ohne Trauschein, Scheidungen oder Homosexuelle wächst. Die Soziologin Beata Łaciak meint in einem Artikel in der »Gazeta Wyborcza« im August 2010: »Die Polen deklarieren oft eine konservative Grundhaltung, aber in der Praxis werden sie immer toleranter und lehnen mehrheitlich die Mahnungen der Kirche ab, zumindest im Bereich der Moral und des Privatlebens.« So beginnen sich die Zeiten zu ändern.

Über den Autor

Dr. Andrzej Kaluza ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut Darmstadt (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit). Redakteur des Jahrbuchs Polen des Deutschen Polen-Instituts.

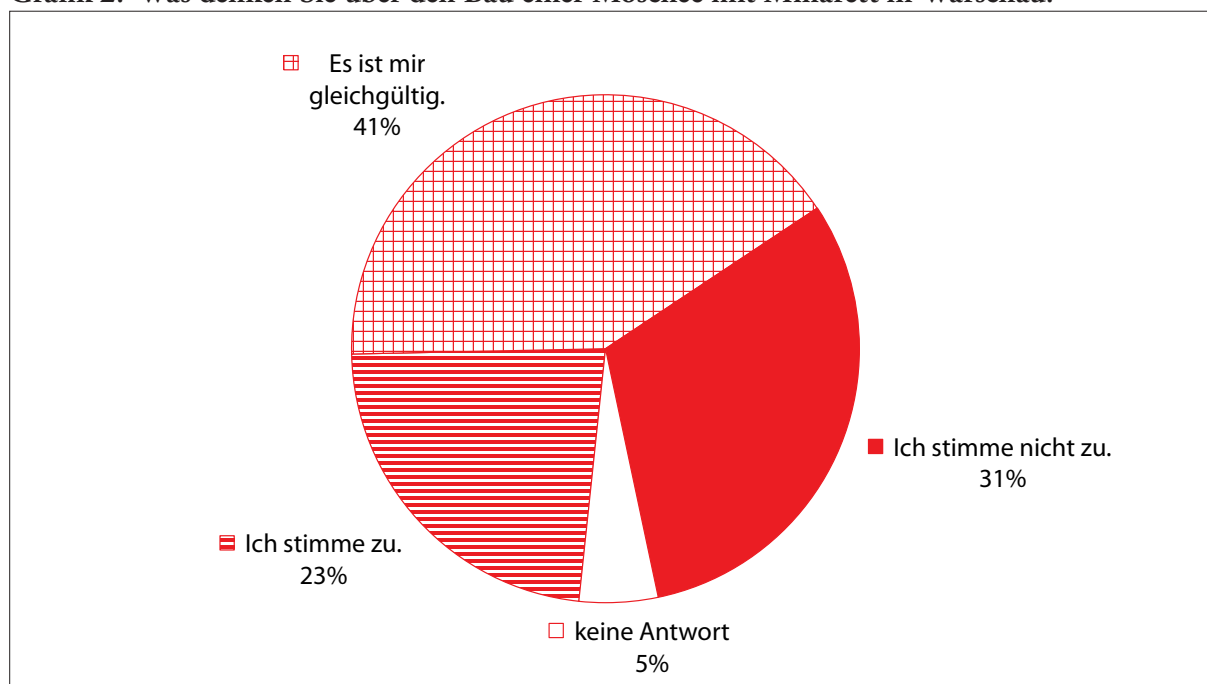
Umfragen zu Glauben und Kirche

Grafik 1: Wie ist Ihre Beziehung zum religiösen Glauben?



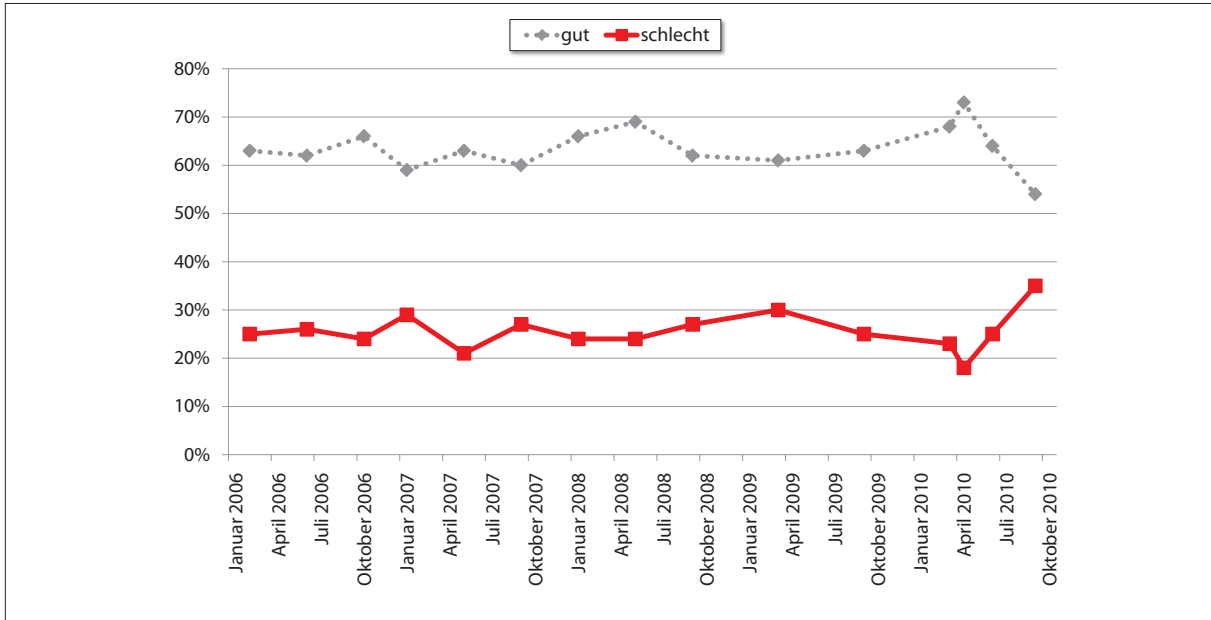
Quelle: Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego, Warszawa 2010

Grafik 2: Was denken Sie über den Bau einer Moschee mit Minarett in Warschau?



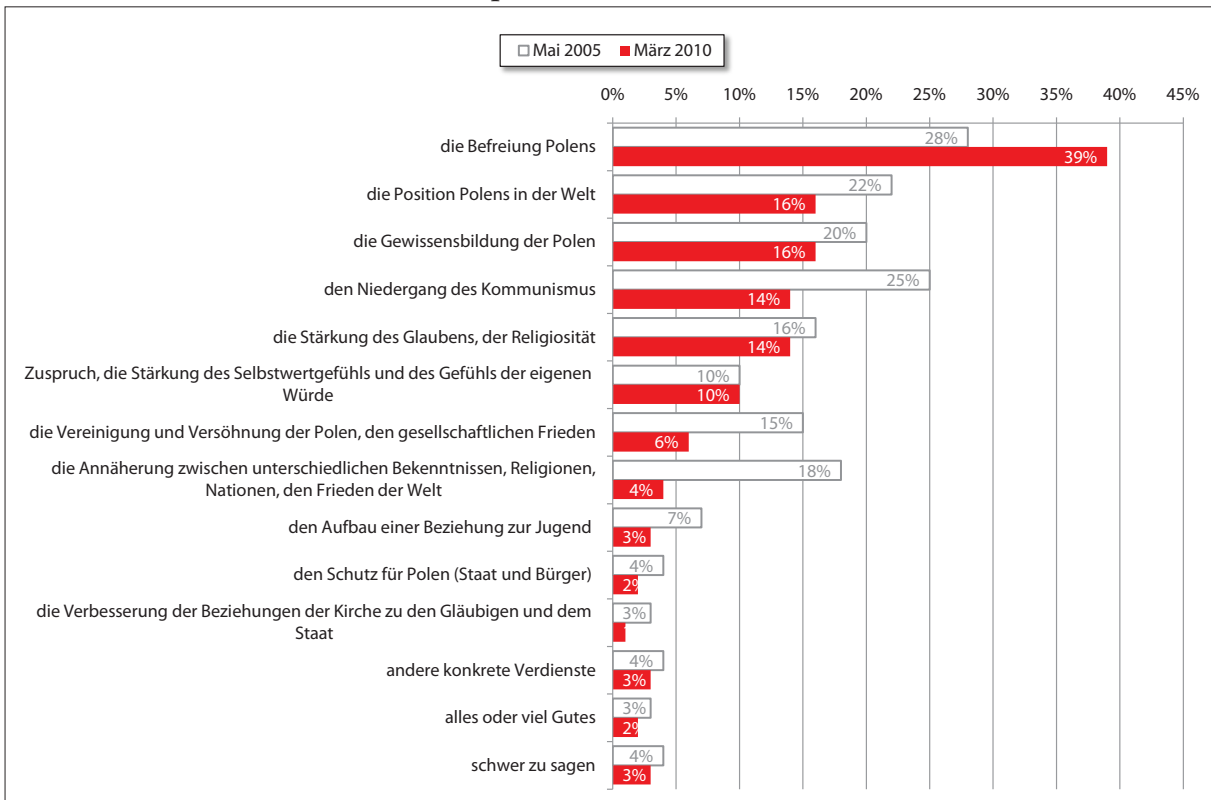
Quelle: Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego, Warszawa 2010

Grafik 3: Die Beurteilung der Tätigkeit der Römisch-Katholischen Kirche



Quelle: CBOS, BS/125/2010: *Oceny instytucji publicznych [Bewertungen öffentlicher Institutionen]*. Warszawa 09/2010, www.cbos.pl

Grafik 4: Was verdanken die Polen Papst Johannes Paul II? (%)



Quelle: CBOS, BS/47/2010: *Jan Paweł II w pamięci i w życiu Polaków [Johannes Paul II im Gedächtnis und im Leben der Polen]*. Warszawa 04/2010, www.cbos.pl

Diözesen und Kirchenprovinzen in Polen

Grafik 5: Die Diözesen und Kirchenprovinzen der römisch-katholischen Kirche in Polen (Stand: Ende 2008)



Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Mały Rocznik Statystyczny Polski 2010 [Kleines Statistisches Jahrbuch 2010]. Warszawa 2010, http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_oz_maly_rocznik_statystyczny_2010.pdf (abgerufen am 10.11.202)

Vom 2. bis zum 15. November 2010

02.11.2010	Bei einem Besuch in Minsk drängen Außenminister Radosław Sikorski und sein deutscher Amtskollege Guido Westerwelle den belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko auf die Durchführung demokratischer Präsidentschaftswahlen in Belarus. Sikorski stellt im Namen der Europäischen Union eine Summe von 3 Mrd. Euro unter der Voraussetzung in Aussicht, dass die Wahlen, die im Dezember stattfinden sollen, frei und fair verlaufen werden. Die Außenminister treffen sich außerdem mit Vertretern der Opposition.
03.11.2010	In Warschau nehmen der Staatssekretär im Innenministerium, Tomasz Siemonika, und sein deutscher Amtskollege, der parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Christoph Bergner, am Runden Tisch für Angelegenheiten der deutschen Minderheit in Polen und der polnischsprachigen Gruppe in Deutschland teil. Aufgabe des deutsch-polnischen Gremiums ist es zu untersuchen, ob sich die betreffenden Gruppen im jeweiligen Land entsprechend dem bilateralen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991 entwickeln können. Es wurden Arbeitsgruppen zu den Themen: rechtlich-historische Fragen/Erinnerungskultur, Sprachunterricht/Sprachförderung und Unterstützende Tätigkeiten eingerichtet. Mitglieder des Gremiums sind sowohl Vertreter der Politik als auch der deutschen Minderheit und der »Polonia« in Deutschland.
04.11.2010	Auf einer Pressekonferenz nach seinem Treffen mit dem tschechischen Regierungschef Petr Necas erklärt Ministerpräsident Donald Tusk, dass beide Länder entschlossen seien, eine gemeinsame und solidarische Politik zu betreiben, um die Durchsetzungsfähigkeit insbesondere der Visegrád-Gruppe im Rahmen der Europäischen Union zu vergrößern.
05.11.2010	Das Politische Komitee der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) schließt die ehemalige Leiterin des Wahlkampfstabs von Parteichef Jarosław Kaczyński, Joanna Kluzik-Rostowska, und Elżbieta Jakubiak aus der Partei aus. Beide gehören dem liberalen Flügel innerhalb PiS an. Die offizielle Begründung ist, dass sich beide in Interviews kritisch über PiS geäußert haben. In einer verlesenen Stellungnahme bewerten beide die Entscheidung als Unfähigkeit von PiS, eine innerparteiliche Debatte zu führen.
07.11.2010	In Schwiebus (Świebodzin/Lebuser Woiwodschaft) wird eine weithin sichtbare Christusfigur aufgestellt, die der berühmten Christusstatue von Rio de Janeiro ähnelt. Sie steht auf einem eigens aufgeschütteten Hügel von 16 m und ist 36 m hoch.
08.11.2010	Staatspräsident Bronisław Komorowski unterzeichnet das Gesetz zum Verbot des Handels mit Aufputschmitteln. Das Gesetz, das alle Instanzen ohne Änderungen durchlaufen hat, ist rechtlich umstritten. Die in Auftrag gegebene Expertise hat Komorowski bei Unterzeichnung noch nicht vorgelegen.
09.11.2010	Auf der Sitzung des Rates für Nationale Sicherheit (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN) erklärt Staatspräsident Bronisław Komorowski, dass Polen daran gelegen sein müsse, die auf dem NATO-Gipfel in Lissabon von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen vorgeschlagene NATO-Strategie zu unterstützen, da diese den in Art. 5 formulierte Grundsatz der kollektiven Verteidigung im Fall eines Überfalls auf eines oder mehrere Mitglieder unterstreicht. Ein Datum für den Rückzug der polnischen Truppen aus Afghanistan solle in Absprache mit dem afghanischen Staatspräsidenten Hamid Karsai gefunden werden. Dieser hatte geäußert, dass Afghanistan im Jahr 2014 die vollständige Verantwortung übernehmen werde.
10.11.2010	Das Kreuz für die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April wird in die Warschauer St.-Annen-Kirche verbracht. Das Kreuz war zunächst von Pfadfindern vor dem Präsidentenpalast errichtet und Mitte September in die Kapelle des Präsidentenpalastes umgesetzt worden. Der Streit um den Standort hatte zu Zerwürfnissen unter den politischen Parteien und in der Bevölkerung geführt.
11.11.2010	In seiner Rede aus Anlass des staatlichen Feiertags der Unabhängigkeit (11. November 1918) betont Staatspräsident Bronisław Komorowski, dass Meinungsverschiedenheiten zur Demokratie gehören, diese sich aber nicht in einen polnisch-polnischen Krieg in der Politik mit destruktiven Tendenzen verwandeln dürften. Vielmehr müsse konstruktiv über die Zukunft des Landes und der Gesellschaft gestritten werden. An der Feier am Grab des Unbekannten Soldaten in Warschau nahmen u. a. Sejmarschall Grzegorz Schetyna, Senatsmarschall Bogdan Borusewicz, Ministerpräsident Donald Tusk und Vertreter der Parteien teil
12.11.2010	In Warschau beginnt die zweitägige Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der NATO, in der die Reform des Bündnisses, der Einsatz in Afghanistan und die Situation auf dem Balkan thematisiert werden sollen. Der Vorsitzende, John Tanner, zeigt sich überzeugt, dass die Ergebnisse der Tagung beim NATO-Gipfel in Lissabon in der kommenden Woche aufgenommen werden. Verteidigungsminister Bogdan Klich teilt mit, dass Polen das vorgeschlagene neue Strategiekonzept der NATO in Lissabon ohne Änderungen unterstützen werde.

14.11.2010	Auf einer Wahlkampfveranstaltung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in Nowy Targ für die am 21. November stattfindenden Kommunalwahlen hebt PiS-Vorsitzender Jarosław Kaczyński hervor, dass das Programm von PiS darauf beruhe, die Machtverteilung im Staat von der unteren Ebene aus, der lokalen Selbstverwaltung, zu verändern. In den bevorstehenden Wahlen werde darüber entschieden, ob Polen als ernstzunehmendes Land betrachtet werde. Südkorea sei früher ärmer als Polen gewesen und sei heute ein wirtschaftlich, technologisch und militärisch starkes Land. Dies könne Polen auch gelingen.
14.11.2010	Regierungssprecher Paweł Graś bezeichnet die bevorstehende Reise der Politiker von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Anna Fotyga, ehemalige Außenministerin, und Antoni Macierewicz, Chef der parlamentarischen Gruppe zur Aufklärung der Flugzeugkatastrophe von Smolensk, in die USA als Skandal, der an Verrat grenze. Ziel der Reise ist ein Treffen mit dem Kongressabgeordneten Peter King, der im Juni in einem Resolutionsentwurf die Berufung einer unabhängigen internationalen Kommission zur Untersuchung des Flugzeugabsturzes angeregt hatte. Nach Graś werden mit der Reise Zweifel am Aufklärungswillen der polnischen Institutionen zum Ausdruck gebracht und die entsprechenden Regierungsaktivitäten diskreditiert. Der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Karol Karski (PiS), fordert Graś auf, vorsichtiger zu formulieren, da schließlich die polnische Regierung die Aufklärung des Unglücks der russischen Seite überantwortet habe.
15.11.2010	Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Inflationsrate im Oktober 2,8 % gegenüber 2,5 % im September.

LESEHINWEIS

Jahrbuch Polen 2009 Religion

Herausgegeben vom Deutschen
Polen-Institut Darmstadt
220 Seiten, Preis € 11,80
(€ 9,- im Abonnement)
ISBN 978-3-447-05930-5



»Die Polen sind mit der katholischen Religion nicht nur geistig und ethisch, sondern auch kulturell verbunden. Am wenigsten jedoch politisch. Das, was Politiker, Journalisten und Funktionäre aufregt, muss die katholischen Massen nicht interessieren. Die Kirche rangiert zwar in den Umfragen weit oben, aber nicht als Kraft, die sich politisch engagiert, sondern als moralische Vermittlerin, Wächterin und Lehrerin des christlichen Wertesystems sowie als Fürsprecherin und Betreuerin der Schwachen und Bedürftigen.«
(Adam Szostkiewicz)

»Es ist nicht der Anteil der Jugendlichen, die sich zum Glauben bekennen, welcher den Seelsorgern schlaflose Nächte bereitet, sondern die große Diskrepanz zwischen jenen Bekenntnissen und den täglichen Lebensentscheidungen.«
(Grzegorz Pac)

»Polen ist ein Land, in dem sich die den Frauen in der römisch-katholischen Kirche zugeordneten Rollen, Wirkungskreise und Rechte leichter in den Kirchendokumenten wiederfinden als im Gemeindeleben selbst.«
(Monika Waluś)

»Ich denke, dass Ökumene in jeder Dimension sehr viel Zeit verlangt. Das zu akzeptieren fällt schwer, denn es ist nur zu natürlich, dass man sofortige und bedeutende Ergebnisse erwartet. Wer aber nicht versteht, dass gerade auf diesem Feld ein solcher schneller Effekt nicht möglich ist, kann schnell die Lust daran verlieren. Für mich ist die Ökumene eine große Schule der Geduld.«
(Ireneusz Lukas im Gespräch mit Maja Jaszewska)

»Das Schlüsselproblem scheint mir derzeit darin zu bestehen, neue Handlungsformen zu finden, damit die Kirche zu den Polen in der Sprache der Freiheit spricht und nicht in der Sprache der Verbote und Gebote. Die Kirche braucht sich vor der Freiheit doch nicht zu fürchten, sondern kann reichlich von ihr profitieren, wenn sie den modernen Menschen ein überzeugendes Angebot unterbreitet – das schönste Angebot: die spirituelle Begegnung mit Gott und die Begründung des eigenen Lebens auf dem Bund mit Ihm.«
(Zbigniew Nosowski)

© Otto Harrassowitz GmbH & Co. KG, Wiesbaden 2009

www.deutsches-polen-institut.de

Inhalt

	Religion. Essays
Dieter Bingen	Die katholische Kirche in Polen zwischen Diktatur und Demokratie
Zbigniew Nosowski	Zwischen Ideologisierung und Privatisierung. Entwurf einer sozio-religiösen Karte des polnischen Katholizismus
Adam Szostkiewicz	Der Preis des Ausnahmestatus. Polen widersetzt sich der raschen Säkularisierung
Grzegorz Pac	Die polnische Kirche – ewig jung?
Monika Waluś	Die Kirche und die Frauen im heutigen Polen
Agnieszka Sabor	Religion in der polnischen Kunst: Die vertane Chance
Maja Jaszewska	Die christlichen Minderheitskirchen in Polen. Gespräch
Stanisław Krajewski	Die gegenwärtige Situation der Juden in Polen: Anzahl: verschwindend gering – Präsenz: bedeutend – Religiosität: zunehmend
Agata Nalborczyk	Der Islam in Polen. Sechshundertjährige Tradition und Gegenwart
Andrzej Oseka	Atheismus nach dem Kommunismus
Zbigniew Nosowski/ Winfried Lipscher	Der Papst – ein Pole, Der Papst – ein Deutscher. Gespräch
Peter Oliver Loew	»Das größte Unglück des Weltprotestantismus«. Die Rekatholisierung der polnischen Westgebiete nach 1945
	Religion. Literatur
Eustachy Rylski	Die Insel
Łukasz Dębski	Mein Schrank-Café. »Vom Teppich«
Wojciech Tochman	Der Mosesbusch
Agata Tuszyńska	Gedichte
Wojciech Bonowicz	Gedichte
Tadeusz Dąbrowski	Gedichte
	Mein Jahr
Artur Becker	Czterdziestolatek. Mein Jahr 2008
Übersetzungs- bibliografien	online (www.deutsches-polen-institut.de)

Bestellungen bei:

Harrassowitz Verlag
65174 Wiesbaden
Fax: 0611 - 530-999
eMail: rgietz@harrassowitz.de
www.harrassowitz-verlag.de

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf
bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der knapp 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2010 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen